

Georg Milbradt

VEREINIGUNG OHNE WIRTSCHAFTLICHEN KOMPASS



Georg Milbradt war von 1990 bis 2001 Finanzminister und von 2002 bis 2008 Ministerpräsident des Freistaats Sachsen. Er lehrt an der TU Dresden und ist stellvertretender Vorsitzender des Unabhängigen Beirats des Stabilitätsrats sowie Chairman of the Board des *Forum of Federations*, Ottawa.

Die Wiedervereinigung hatte mich im November 1990 nach Sachsen gebracht, wo ich als Finanzminister eine neue Steuerverwaltung aufbauen und die Staatsfinanzen auf eine nachhaltige Basis stellen sollte. Für beide Aufgabenbereiche war es unabdingbar, sich Gedanken zu machen, mit welcher wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen war und welche wirtschaftspolitische Strategie Sachsen anstreben sollte. Zwar lag die wirtschaftspolitische Verantwortung überwiegend beim Bund, der die Gesetzgebungskompetenz über die Steuerpolitik und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besaß und mit den Mitteln des Aufbaus Ost und der Treuhand über wirksame Instrumente zur Gestaltung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses verfügte. Allerdings hatten die wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen, die dem Einigungsvertrag zugrunde lagen, mit der Realität nur wenig zu tun.

Die damals oft gebrauchten Vokabeln »Liquiditätshilfe« und »Anschubfinanzierungen«

machten deutlich, dass viele Akteure den Transformationsprozess als ein kurzfristiges Intermezzo ansahen. Man glaubte, mit der Übernahme des bewährten westdeutschen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Systems sowie der D-Mark im Osten eine Dynamik (wie nach der Währungsreform 1948 im Westen) auszulösen, die den Osten schnell an das Westniveau heranzuführen würde. Der Osten sei nicht arm, aber kurzfristig noch nicht liquide. Der Westen müsste dem Osten nur einen Schubs geben, vielleicht auch zwei. Das würde ausreichen. Die fiskalischen Belastungen für den Westen seien gering, da durch die hohen Vermögenswerte der alten DDR, die sich der Bund durch den Einigungsvertrag gesichert hatte, mittelfristig die anfängliche Belastung deutlich abnehmen würde. Die Finanzierung der ostdeutschen Länder und Gemeinden wurde durch eine Art Finanzausgleich sichergestellt, der allerdings auf der Geberseite (Bund und Länder) über

Kredit finanziert wurde, um eine Belastung der öffentlichen Haushalte West zu vermeiden.

Schnell platzten die Illusionen. Nach der Einführung der D-Mark befand sich die ostdeutsche Industrie im freien Fall. Der Wert des DDR-Vermögens rutschte ins Negative, die Forderungen des Bankensystems an die Unternehmen und die Wohnungswirtschaft erwiesen sich als wertlos. Man hatte die DDR viel zu reich gerechnet!

In dieser Situation veröffentlichte Hans-Werner Sinn mit seiner Frau Gerlinde Anfang 1991 das Buch *Kaltstart*, in dem sie eine schonungslose Analyse der DDR-Wirtschaft vornahmen und die volkswirtschaftlichen Konsequenzen der schnellen Lohnanpassung offenlegten: Entwertung des vorhandenen Kapitalstocks, sehr teurer Anpassungspfad durch weitgehenden Kapitalneuaufbau, chronische Massenarbeitslosigkeit. Ihr Alternativkonzept war kurz zusammengefasst: Subventionierung der Arbeitseinkommen, um eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik zu ermöglichen und gleichzeitig eine schnellere Anpassung an das westliche Wohlstandsniveau zu erreichen; dadurch Stabilisierung der Beschäftigung; Privatisierung des vorhandenen Wirtschaftsvermögens an die Bevölkerung.

Hans-Werner schenkte mir ein Buchexemplar. Die Lektüre überzeugte mich, dass wir in der Politik auf dem falschen Weg waren. Ich hatte zwar schon in den ersten Regierungswochen eine schockartige Konfrontation mit der ökonomischen Wirklichkeit hinter mir, die ein ungutes Bauchgefühl hinterließ, aber noch keinen Gesamtüberblick.

Leider wurde das Buch in den politischen Kreisen kaum zur Kenntnis genommen. Ein Teil der politischen Klasse hat keine großen wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse und vertraute auf die »bewährten« Instrumente westdeutscher Krisenpolitik. Ich verschenkte damals

Sinns Buch an wichtige Entscheidungsträger oder diskutierte mit ihnen darüber. Der Erfolg war niederschmetternd. In Sachsen beschränkten wir uns dann darauf, soweit wir Einfluss auf die Lohnpolitik hatten, die Anpassung zu bremsen, um negative Effekte zu verringern. Größere Erfolge waren aber nicht zu erzielen. Die hohe Lohndynamik war nicht mehr zu stoppen. In den westdeutschen Wirtschafts- und Gewerkschaftskreisen fürchtete man nämlich, nicht zu Unrecht, eine Lohnkonkurrenz des Ostens und einen Lohndruck auf die westdeutsche Wirtschaft, den man auf jeden Fall verhindern wollte. Die schnelle Lohnanpassung wurde deshalb begrüßt, da sie die Kaufkraft im Osten für westdeutsche Produkte erhöhte, aber die Lasten der Arbeitslosigkeit auf den Staat verlagern konnte. Übersehen wurde allerdings, dass sich der Staat das Geld durch Steuer- und Beitragserhöhungen zurückholen und die Kosten wie ein Bumerang zurückkommen würden.

Viele, die es besser hätten wissen können, konnten sich mit Sinns Thesen nicht anfreunden. Sie hätten den politischen Mainstream verlassen, einen Irrtum eingestehen und der Bevölkerung die wahren Dimensionen vor Augen führen müssen. Davor schreckten sie zurück. Die Konsequenzen einer hohen Arbeitslosigkeit und einer geringeren gesamtdeutschen Wachstumsrate nahm man hin, sie wurden nur nach und nach deutlich und nicht der Lohnpolitik zugerechnet. Erst mit der von Sinn angestoßenen Diskussion über die Aktivierende Sozialhilfe und durch die Agenda 2010 wurden einige Fehlentwicklungen korrigiert – für den Osten aber 15 Jahre zu spät.

So wurde *Kaltstart* zwar mit erfreulich hohen Stückzahlen verkauft, hatte aber kaum Auswirkungen auf die deutsche Politik. Die Übersetzungen in mehrere Sprachen, darunter Chinesisch und Koreanisch, zeigen aber, dass sich Sinns Analyse im Ausland großer Beachtung erfreut.